

Die Weltbank-Kapitalerhöhungen aus entwicklungspolitischer Sicht: Die Position von Alliance Sud

Trotz gegenteiliger Beteuerungen bleibt die Politik der Weltbank namentlich in Sachen Menschenrechte und Klima hochproblematisch. Die Schweiz muss ihren Einfluss für eine Kursänderung geltend machen.



Mine der von der Weltbank mitfinanzierten *Compagnie des Bauxites de Guinée* in Kamsar, im westafrikanischen Guinea. 43 Prozent der Bevölkerung von Guinea verdienen weniger als 1.25 US-Dollar pro Tag. Foto: Friedrich Stark/Alamy Stock Foto

Abkürzungsverzeichnis	3
<hr/>	
1. Executive Summary	4
<hr/>	
2. Einleitung	6
<hr/>	
3. Kurzportrait der Weltbank	8
3.1 Der Maximize Finance for Development (MFD)-Ansatz	9
3.2 Gouvernanz der Weltbank	10
3.3 Finanzierung und Stimmrechtsverteilung der Weltbank	11
3.4 Kapitalerhöhungen bei der IBRD und der IFC	12
<hr/>	
4. Die Schweiz und die Weltbank	14
4.1 Die Stimme der Schweiz in der Weltbank	16
4.2 Die Schweiz und die Kapitalerhöhungen	16
<hr/>	
5. Kritik an der Weltbank	18
5.1 Kritik am MFD-Ansatz: Konditionalitäten und Fokus auf öffentlich-private Partnerschaften (PPPs)	19
5.2 Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Umweltkatastrophen	21
5.3 Leere Klimaversprechen?	24
<hr/>	
6. Empfehlungen	26

Abkürzungsverzeichnis

AIIB: Asian Infrastructure and Investment Bank / Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank / Banque asiatique d'investissements pour les infrastructures

BIA: Bridge International Academy

CAO: Compliance Advisor Ombudsman

ED: Executive Director / ExekutivdirektorIn

ESF: Environmental and Social Framework

IBRD: International Bank for Reconstruction and Development / Bank für Wiederaufbau und Entwicklung / Banque internationale pour la reconstruction et le développement

ICIJ: International Consortium of Investigative Journalism / Konsortium investigativer Journalisten / Consortium international des journalistes d'investigation

ICSID: International Centre for Settlement of Investment Disputes / Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten / Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements

IDA: International Development Association / Internationale Entwicklungsorganisation / Association internationale de développement

IFC: International Finance Corporation / Internationale Finanzkorporation / Société financière internationale

IMF: International Monetary Fund / Fonds Monétaire Internationale / Internationaler Währungsfonds

KMU: Kleine und mittlere Unternehmen

MIGA: Multilateral Investment Guarantee Agency / Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur / Agence multilatérale de garantie des investissements

MFD: Maximize Finance for Development

MWC: Manila Water Company

PPP: Public Private Partnership / Öffentlich-private Partnerschaft

SAG: Société Anglo Gold Ashanti de Guinea

SDG: Sustainable Development Goals / Ziele für nachhaltige Entwicklung / Objectifs de développement durable

WB(G): World Bank (Group) / Weltbank(-Gruppe) / (Groupe de la) Banque Mondiale

1. Executive Summary

Die Weltbankgruppe besteht aus fünf Unterorganisationen, bei zwei von ihnen stehen Kapitalerhöhungen an. Diese betreffen die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), die Kredite und Beratungsdienstleistungen an Länder mittleren Einkommens vergibt, sowie die Internationale Finanz-Korporation (IFC), die Kredite an Privatunternehmen vergibt. Auch die Schweiz, die seit 1992 Mitglied der Weltbank ist, soll sich an den Kapitalerhöhungen beteiligen. Sie ist aufgefordert,

Die Schweiz ist aufgefordert, Aktien im Wert von 198 Millionen US-Dollar zu kaufen und zusätzlich 649 Millionen US-Dollar Garantiekapital zur Verfügung zu stellen.

Aktien im Wert von 198 Millionen US-Dollar zu kaufen (zahlbar zwischen 2021 und 2024) und zusätzlich 649 Millionen US-Dollar Garantiekapital zur Verfügung zu stellen; dieses ist nur bei Zahlungsschwierigkeiten der IBRD einzuzahlen. Zusätzlich soll das Schweizer Parlament einer Statutenänderung der IFC zustimmen – die notwendige Mehrheit für zukünftige Kapitalerhöhungen der IFC soll auf Wunsch der USA von heute 80 auf neu 85% erhöht werden. Die USA möchten sich an den Kapitalerhöhungen der IFC nicht beteiligen, wollen aber in der Institution dennoch ihre Sperrminorität beibehalten. Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament, den Kapitalerhöhungen sowie der Statutenänderung der IFC zuzustimmen. Obwohl eine Nichtbeteiligung der Schweiz keine sofortigen Auswirkungen auf den Schweizer Sitz im Exekutivdirektorium der Weltbank hätte, könnte dies laut Bundesrat Folgen für die Reputation der Schweiz als verlässliche Partnerin der Weltbank haben und sich längerfristig negativ auf ihr Mitwirken in deren Entscheidungsgremien auswirken.

Im ersten Teil des vorliegenden Positionspapiers werden die Weltbankgruppe und ihre aktuelle Politik sowie die Rolle der Schweiz in der Weltbank vorgestellt. Das übergeordnete Ziel der gesamten Weltbankgruppe für die nächsten Jahre ist die Operationalisierung ihres *Maximize Finance for Development* (MFD)-Ansatzes, der auf eine Verbesserung des Investitionsumfelds und die Schaffung von Märkten abzielt. Die Mobilisierung von Privatinvestitionen soll massiv ausgebaut werden. Die Strategie *Forward Look* erklärt, dass der im MFD enthaltene Kaskadenansatz immer zuerst versucht, private Gelder zu mobilisieren, unter anderem durch landesweite oder sektorische Reformen zur Minimierung von Marktrisiken. Wo Risiken nach wie vor hoch sind, werden Garantien oder Instrumente zur Risikoteilung angewandt, zum Beispiel in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften. Nur wo sektorische Reformen oder Risikoteilung nicht zu marktbasierter Lösungen führen, sollen

Die Schweiz war an der Formulierung des MFD-Ansatzes massgeblich beteiligt; dies nicht nur aus entwicklungspolitischem, sondern auch aus aussenwirtschaftlichem Interesse; Schweizer Firmen und Banken profitieren stark von den Privatsektorinstrumenten der Weltbank.

öffentliche Ressourcen zum Einsatz kommen. Die Schweiz war an der Ausarbeitung dieses Ansatzes massgeblich beteiligt; dies nicht nur aus entwicklungspolitischem, sondern auch aus aussenwirtschaftlichem Interesse, da Schweizer Firmen und Banken vor allem von den Privatsektorinstrumenten der IFC stark profitieren.

Der zweite Teil des vorliegenden Positionspapiers erläutert einige wichtige Kritikpunkte an der Weltbank. So werden etwa kreditnehmende Länder nach wie vor mit einer Reihe von Konditionalitäten belegt, die von den wirtschaftlichen Interessen der reichen Länder beeinflusst sind; diese Länder kontrollieren die Weltbank und streben Zugang zum Markt der ärmeren Länder an. Der neue MFD-Ansatz mit seinem Fokus auf ausländische Privatinvestitionen entspricht einer Verschärfung dieser Praxis. Verschiedene Studien aus aller Welt zeigen ausserdem, dass die von der Weltbank propagierten öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) Staaten oft viel teurer zu stehen kommen als «traditionelle» staatliche Kreditaufnahmen. Zudem werden Ungleichheiten beim Zugang zu wichtigen öffentlichen Dienstleistungen wie Energie, Bildung und Gesundheit durch PPPs oft verschärft. Trotz den international anerkannten Sozial- und Umweltstandards der Weltbank kommt es auch immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und negativen Umweltauswirkungen in von ihr finanzierten Projekten. Dies liegt unter anderem daran, dass die Standards nicht in allen operativen Bereichen gleich anwendbar sind und die Weltbank nach wie vor vornehmlich in ressourcenintensive Grossprojekte investiert, die oft mit Vertreibungen und Repression der Lokalbevölkerung einhergehen. So investiert die Weltbank trotz wiederholter Klimaversprechungen über verschiedene Wege nach wie vor in den Ausbau fossiler Energien.

Im letzten Teil des Papiers wird die Position von Alliance Sud zu den anstehenden Kapitalerhöhungen dargelegt. Alliance Sud fordert von der Schweiz, dass sie in Zukunft ihr Mitspracherecht nutzt, um von der Weltbank wichtige Reformen in den Bereichen Menschenrechte, Klimawandel und nachhaltiges Engagement des Privatsektors zu verlangen. Auch ihr eigenes Stimmverhalten in der Weltbank soll die Schweiz dementsprechend anpassen sowie transparent und öffentlich kommunizieren. Konkret fordert Alliance Sud den Bundesrat, das Parlament und die Bundesverwaltung zudem auf,

- sich in der Weltbank für eine klare Kosten-Nutzen-Analyse von PPPs einzusetzen. Nur wo PPPs einen finanziellen, sozialen und ökologischen Mehrwert bringen, sollen sie als Lösung in Frage kommen. Finanzielle Risikoanalysen und Menschenrechtsfolgeabschätzungen von PPPs sollen öffentlich zugänglich gemacht werden.
- sich für die Stärkung lokaler KMUs und für eine Abkehr von politischen Konditionalitäten einzusetzen, die ausländische Investoren bevorzugen.
- dafür einzutreten, dass die Umwelt- und Sozialstandards auf alle Instrumente der Weltbank angewendet werden, inklusive auf politische Beratungsdienstleistungen und Kredite an Finanzintermediäre. Menschenrechts- und UmweltaktivistInnen sollen von der Weltbank stärker geschützt werden.
- von der Weltbank eine glaubwürdige und konsequente Klimapolitik zu verlangen, die alle Instrumente einschliesst und auch klare Vorgaben an Finanzintermediäre macht.

2. Einleitung

Die Weltbank – genauer gesagt: die Weltbankgruppe (WBG) – ist ein zentraler Pfeiler des internationalen Entwicklungssystems und übt einen grossen Einfluss auf die internationale Entwicklungspolitik aus. Sie nimmt eine Vorreiterrolle ein bei der Festlegung gemeinsamer Standards, Richtlinien und Vorgehensweisen in verschiedenen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Weltbank nimmt bei der Festlegung gemeinsamer Standards und Richtlinien in der Entwicklungszusammenarbeit eine Vorreiterrolle ein.

Die Weltbankgruppe besteht aus fünf Unterorganisationen, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Internationalen Finanz-Korporation (IFC), der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) sowie dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID).

Die Weltbank funktioniert im Sinne einer Finanzkooperative, deren Mitglieder die 189 Mitgliedstaaten sind. Diese zahlen regelmässig Geld ein; aufgrund der hohen Reserven erhält die Bank auf den internationalen Kreditmärkten zusätzlich Kredite zu Vorzugskonditionen. Dementsprechend kann sie Kredite und Darlehen zu günstigen Konditionen an die Entwicklungsländer weitergeben. Im Unterschied zu kommerziellen Banken ergänzt die WBG ihre Kredite mit entwicklungspolitischer Beratungstätigkeit und anderweiliger Unterstützung. Zudem werden Kredite oft an wirtschafts- und sozialpolitische Konditionen geknüpft.

In den letzten Jahren hat die Weltbank allerdings ihr Monopol in der Vergabe von Entwicklungsdarlehen verloren, da Länder vermehrt private Anbieter nutzen und sich zudem neue Entwicklungsbanken formiert haben, allen voran die von China ins Leben gerufene Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Um sich dem neuen Kontext anzupassen, hat die Weltbank eine Reihe von Reformen eingeleitet. Die Transformation zu einer «Wissensbank» soll den Fokus verschieben, weg von der Darlehensvergabe, hin zu einer Verstärkung der politischen und technischen Beratung und direkten Projektfinanzierung. Gleichzeitig versucht die Weltbank im Kontext ihrer *Maximize Finance for Development* (MFD)-Strate-

Die Weltbank will zu einer «Wissensbank» werden, gleichzeitig versucht sie konsequent, private Gelder für die Entwicklungsfinanzierung zu mobilisieren.

gie, konsequent private Gelder für die Entwicklungsfinanzierung zu mobilisieren. Ausserdem möchte sie in den nächsten Jahren vermehrt in fragilen Kontexten aktiv werden und hat angekündigt, im Klimabereich eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Um diese neuen Aufgaben besser angehen zu können, haben zwei der Weltbankunterorganisationen – namentlich die IBRD und die IFC – die Mitgliedstaaten um eine Kapitalerhöhung gebeten. Insgesamt sollen die Mitgliedstaaten der IBRD zusätzliche 60.1 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen (wobei 52.6 Milliarden sogenanntes abrufbares Kapital ist, das nur bei Zahlungsschwierigkeiten der

Bank fällig wird) und der IFC zusätzliche 5.5 Milliarden US-Dollar, die vollumfänglich einzuzahlen sind. Die Kapitalerhöhungen werden auch zu einer leichten Verschiebung der Stimmrechte innerhalb der Weltbank führen, wobei vor allem der Stimmrechtsanteil Chinas erhöht wird. Für die Schweiz ergeben sich bei den beiden Kapitalerhöhungen insgesamt Zahlungsverpflichtungen von 198 Millionen US-Dollar (zahlbar zwischen 2021 und 2024).

Dieses Positionspapier erläutert die aktuelle Politik der Weltbank, diskutiert die Position der Schweiz in der Weltbank und zeigt anhand einiger Kritikpunkte auf, warum es aus Sicht von Alliance Sud wichtig ist, dass die Schweiz ihre Stimmrechte in der Weltbank in Zukunft für ein stärkeres Engagement in den Bereichen Menschenrechte, nachhaltige lokale Entwicklung und Klimaschutz nutzt.

3. Kurzportrait der Weltbank

Die Weltbankgruppe wurde 1944 zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Bretton Woods (New Hampshire, USA) gegründet und nahm 1946 mit der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) offiziell ihre Aktivitäten auf. Die IBRD sollte, wie der Name impliziert, den Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Länder vorantreiben. Mit der Zeit entwickelte sich die Weltbank weiter, wobei sie vor allem ihre Aktivitäten in Entwicklungsländern ausbaute. Heute besteht die Weltbankgruppe aus den bereits genannten fünf Institutionen mit den folgenden Funktionen:

- Die IBRD vergibt Kredite und bietet Ländern mittleren Einkommens und kreditwürdigen ärmeren Ländern Beratungsdienstleistungen an.
- Die IDA vergibt langfristige zinslose Kredite und Zuschüsse und bietet den ärmsten Entwicklungsländern Beratungsdienstleistungen an (1960).
- Die IFC fördert privatwirtschaftliche Grossprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Beratungsdienstleistungen, Darlehen, Kapitalbeteiligungen und andere Finanzierungsinstrumente zu kommerziellen Bedingungen (1956).
- Die MIGA fördert ausländische Direktinvestitionen in Entwicklungsländern durch Investitionsberatungen und Absicherung der nicht-kommerziellen Risiken (1988).
- Das ICSID schlichtet Streitigkeiten zwischen Regierungen und ausländischen Investoren und bietet Beratungsdienstleistungen an (1966).

Die verschiedenen Unterorganisationen der Weltbank haben auf vielfältige Weise Einfluss auf globale Finanzflüsse:

1. durch die direkte (Ko-)Finanzierung von Projekten (mittels Krediten, Darlehen und Kapitalbeteiligungen) sowie durch die Absicherung verschiedener Risiken durch Garantien der MIGA;
2. durch Darlehen, Kredite und Kapitalbeteiligungen an Finanzintermediäre (Banken, Pensionskassen etc.), welche das Geld wiederum weiterinvestieren;¹
3. durch entwicklungspolitische Kredite – diese nehmen die Form eines generellen Budgetsupports zugunsten von Regierungen an, der allerdings an eine Reihe von Konditionalitäten gebunden ist;²
4. durch Beratungsdienstleistungen, welche das Geschäftsklima für bestimmte Investitionen in einem Land fördern sollen (z. B. im Landwirtschafts- oder Energiebereich).

Mittlerweile vergibt die Weltbank also längst nicht mehr nur Kredite, sondern ist auch zunehmend spezialisiert auf technische und politische Beratungsdienstleistungen und sieht sich zudem als Vorreiterin in der Wissensgenerierung zu allen möglichen Themenbereichen der internationalen Entwicklungspolitik (Klimawandel, Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit etc.). Besonders im Klimabereich hat sich die Weltbank in den letzten Jahren klar positioniert. Schon 2013 versprach sie, keine neuen Kohlekraftwerke mehr zu finanzieren, und ab 2020 will sie auch keine *Upstream*-Öl- und Gasprojekte mehr finanzieren.³ Im Januar 2019 lancierte sie ihren *Action Plan on Climate Change Adaptation and Resilience*, mit dem sie verspricht, ihre klimarelevanten Investitionen bis 2025 auf rund 200 Milliarden US-Dollar zu verdoppeln. Der Fokus liegt dabei auf der Stärkung der Adaptationskapazität der kreditnehmenden Länder sowie auf der

1 Vor allem die IFC investiert bevorzugt in Finanzintermediäre; zwischen 2011 und 2015 flossen über die Hälfte aller IFC-Kredite in Finanzintermediäre.

2 Diese Form der Kreditvergabe wird hauptsächlich von der IDA und der IBRD angewendet und macht laut der NGO Urgewald (2019) je nach Geschäftsjahr zwischen 20 und 40% der gesamten WB-Finanzierungsdienstleistungen aus. Konditionalitäten basieren auf dem individuell erarbeiteten *Country Partnership Framework* (CPF) und umfassen sowohl sogenannte *prior actions* – also Konditionen, welche erfüllt sein müssen, bevor Geld ausbezahlt wird – als auch *triggers* – Aktionen, welche während der Laufzeit des Kredits ausgeführt werden müssen und die Basis für weitere Kredite bilden (siehe: Urgewald [2019]. World Bank financial flows undermine the Paris Climate Agreement: The WBG contributes to higher profit margins for oil, gas and coal).

3 *Upstream* bedeutet Versuchsbohrungen für Öl und natürliche Gase sowie Bohrungen und Unterhalt von Öl- und Gasquellen; der Bau von Ölleitungen zum Beispiel ist von diesem Versprechen nicht erfasst.

Mobilisierung von Privatsektorinvestitionen im Klimabereich. An der Herbsttagung 2018 hat die IFC zudem angekündigt, eine *Green Equity Strategy* zu entwickeln, um Finanzierungen von Finanzintermediären, welche in Kohle investieren, zu reduzieren.

Trotz starker Klimarhetorik bleibt es das übergeordnete Ziel der Weltbank, durch ihre Darlehen und Beratungsdienstleistungen das globale Wirtschaftswachstum anzukurbeln, um so die Armut zu verringern. Im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sie sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 die extreme Armut auf 3% zu reduzieren sowie den Wohlstand der ärmsten 40% der Weltbevölkerung zu erhöhen. Ihre strategische Ausrichtung, um diese Ziele zu erreichen – der *Forward Look: A Vision for the World Bank Group in 2030* –, wurde 2016 von allen Mitgliedsländern abgesegnet. Der *Forward Look* basiert auf 4 Säulen:

1. Alle Länder erreichen (wobei dies vor allem einen Ausbau der WB-Aktivitäten in fragilen, von Konflikten betroffenen Staaten bedeutet);
2. Märkte schaffen, Entwicklungsfinanzierung maximieren und wenn immer möglich Privatsektorlösungen nutzen (der dazugehörige MFD-Ansatz wird hier in Kapitel 2.1 vorgestellt);
3. eine Führungsrolle bei globalen Themen übernehmen (siehe Klimawandel, Geschlechtergerechtigkeit etc.);
4. Verbesserung des Business-Modells (dies geschieht vor allem durch eine Reihe administrativer Reformen, welche die Kosteneffektivität und Effizienz der Weltbank steigern sollen).

Das übergeordnete Ziel der gesamten Weltbankgruppe für die nächsten Jahre ist die Operationalisierung und das Mainstreaming des MFD-Ansatzes, wobei die verschiedenen Weltbank-Unterorganisationen ihre eigenen Strategien entwickelt haben, die sich an der übergeordneten MFD-Strategie orientieren, so z. Bsp. IDA 18, IFC 3.0. ⁴

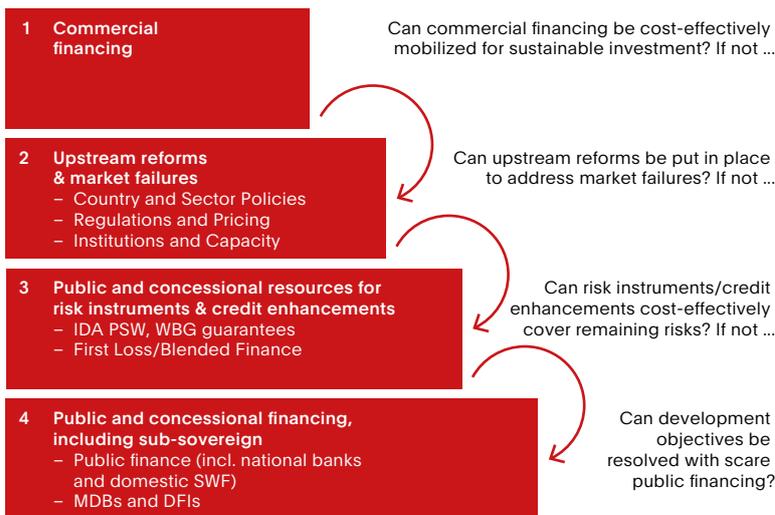
4 IDA 18 erfolgte gekoppelt an eine Finanzaufstockung, die 2016 abgeschlossen wurde, wobei ein Finanzierungspaket in der Rekordhöhe von 75 Milliarden US-Dollar geschnürt wurde. Das Finanzierungsmodell der IDA wurde umstrukturiert, so dass sich die IDA erstmals auf den internationalen Kapitalmärkten verschulden und somit ihr Ausleihvolumen wesentlich erhöhen konnte. IDA 18 legt einen besonderen Schwerpunkt auf fünf Themenbereiche: Klima; Jobs und wirtschaftlicher Wandel; Fragilität, Konflikte und Gewalt; Gouvernanz und Institutionen sowie Gleichstellung von Frau und Mann. IFC 3.0 versucht unter anderem, die Rolle des Privatsektors in Ländern und Sektoren, welche bis jetzt am wenigsten von privaten Investitionen profitiert haben, zu fördern und plant, somit z.B. ihre Arbeit in fragilen Staaten auszubauen. Eine stärkere Zusammenarbeit mit IDA und IBRD wird angestrebt, vor allem bei sektoriellen Reformprozessen.

3.1 Der *Maximize Finance for Development (MFD)*-Ansatz

Der MFD-Ansatz basiert auf der *Addis Abeba Action Agenda* sowie auf einem Papier des Weltbank-*Development Committee* mit dem Titel *«From Billions to Trillions: Transforming Development Finance»*, welches argumentiert, dass ein Umdenken stattfinden muss, da die Milliarden öffentlicher Entwicklungsgelder nicht ausreichen werden, um die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen. Stattdessen soll der Privatsektor die Billionen freisetzen, die es dazu braucht.

Die MFD-Vision sieht ein Abgleichen der Aktivitäten aller multilateralen Entwicklungsbanken und Entwicklungspartner zur Förderung der Aktivitäten des Privatsektors in Entwicklungsländern vor. Die Rolle des öffentlichen Sektors ist es, die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für private Investoren gemäss den von der Weltbank unterstützten Reformen anzupassen. Die Strategie *Forward Look* erklärt, dass der im MFD enthaltene **Kaskadenansatz** immer zuerst versucht, private Gelder einzuholen, unter anderem durch landesweite oder sektorische Reformen zur Minimierung von Marktrisiken. Wo Risiken nach wie vor hoch sind, werden Garantien oder Instrumente zur Risikoteilung angewandt (z. B. in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften). Nur wo sektorische Reformen oder Risikoteilung nicht zu marktbasierenden Lösungen führen, werden öffentliche Ressourcen mobilisiert.

Kaskadenansatz der Weltbank



Quelle: WB Approach Paper, 2018

Bis jetzt wird der MFD-Ansatz in neun sogenannten Pilotländern getestet, wobei der Fokus vorerst auf Investitionen im Infrastrukturbereich liegt. Das Ziel ist es, den Ansatz nach und nach auf andere Länder und Sektoren auszuweiten. Pilotländer sind momentan: Kamerun, Kenia, Elfenbeinküste, Ägypten, Indonesien, Irak, Jordanien, Nepal und Vietnam. WBG-Teams sind derzeit auch darum bemüht, MFD auf die Sektoren Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft sowie die Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen auszuweiten.

Es ist allerdings festzustellen, dass die Weltbank sowohl in ihrer technischen Unterstützung von Reformen wie auch in ihrer finanziellen Unterstützung vor allem auf grosse, oftmals ausländische Unternehmen abzielt. Dies zum Nachteil der KMU in Entwicklungsländern, denen vielerorts grosse bürokratische Hürden den Weg zum Erfolg versperren; erst recht nicht profitiert der informelle Sektor, der in vielen Entwicklungsländern sehr stark ausgeprägt ist.

3.2 Gouvernanz der Weltbank

Die fünf Weltbankorganisationen sind im Besitz der Mitgliedstaaten, die sie durch den Gouverneursrat und den Exekutivdirektorenrat steuern. Alle 189 Mitgliedstaaten sind im Gouverneursrat repräsentiert, welcher zwei Mal jährlich tagt (wobei meist die Finanz- oder Entwicklungsminister der jeweiligen Länder im Gouverneursrat sitzen). Die Gouverneure sind befugt, neue Mitglieder aufzunehmen oder die Mitgliedschaft einzelner Länder auszusetzen, das genehmigte Kapital zu erhöhen oder herabzusetzen, über die Verteilung des Reingewinns zu beschliessen und über die allgemeine strategische Ausrichtung der Weltbankgruppe zu entscheiden sowie den Präsidenten der Weltbank zu wählen.

Die meisten Entscheidungen werden allerdings an den 25-köpfigen, in Washington ansässigen Exekutivdirektorenrat delegiert. Die sieben grössten Aktionärinnen (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, China, Vereinigtes Königreich und Saudi-Arabien) haben je eine eigene Exekutivdirektorin (ED), alle anderen Länder wählen

ihre ED in Stimmrechtsgruppen. Der WB-Präsident (bis jetzt immer ein US-Amerikaner) präsidiert den Exekutivrat, hat aber selber ausser bei Patt-Situationen kein Stimmrecht.⁵

ExekutivdirektorInnen werden durch Stellvertreter (*Alternate Executive Directors, AEDs*) sowie durch Berater (*Advisors*) aus den Ländern ihrer Stimmrechtsgruppe unterstützt. Bei wichtigen Geschäften versehen die Länder ihre ExekutivdirektorInnen mit Stellungnahmen und Instruktionen. Zu den Hauptaufgaben der ExekutivdirektorInnen gehören die Festlegung der Bank- und Fondspolitik im operationellen, finanziellen und administrativen Bereich sowie die Überwachung der Umsetzung dieser Politiken. Ein weiterer Fokus liegt auf der abschliessenden Prüfung der zur Finanzierung durch die Bank unterbreiteten Programme und Projekte.

5 Bei der Gründung des IWF und der WB in Bretton Woods wurde das Präsidentschaftsamt des IWF an einen Europäer und das der WB an einen Amerikaner vergeben – seither hat sich dieses «Gentlemen's Agreement» gehalten. Auch nach dem überraschenden Rücktritt des letzten WB-Präsidenten Jim Yong Kim im Januar 2019 wurde die WB-Präsidentschaft ohne Gegenkandidatur dem US-Amerikaner David Malpass anvertraut.

3.3 Finanzierung und Stimmrechtverteilung in der Weltbank

Die finanziellen Ressourcen der Weltbank setzen sich wie folgt zusammen:

- von den Mitgliedstaaten gezeichnetes Aktienkapital;
- Anleihen auf den internationalen Kapitalmärkten;
- Beiträge der Geberländer an den IDA-Entwicklungsfonds sowie an thematische oder projektbezogene Treuhandfonds;
- Einkünfte aus Anlagen und Krediten, inklusive Zinsen und Rückzahlungen sowie Investitionseinkommen;
- Reserven.

Das von den Mitgliedern gezeichnete Aktienkapital ist in der Regel nur zu einem kleinen Teil einzubezahlen (*paid-in*), während der Rest Garantiekapital darstellt. Die einbezahlten Beträge dienen in erster Linie Liquiditäts- und Reservezwecken. Das Garantiekapital kann notfalls, d. h. wenn die Bank nicht mehr in der Lage sein sollte, ihren Verpflichtungen nachzukommen, teilweise oder ganz eingefordert werden. Die Mitgliedsländer haften somit als Aktionäre der Bank mit ihrem Kapitalanteil. Bis jetzt wurde das Garantiekapital allerdings noch nie von einer Entwicklungsbank eingefordert.

Das Stimmrecht der einzelnen Mitgliedstaaten basiert auf dem von ihnen gezeichneten Aktienkapital (sowohl dem einbezahlten wie auch dem abrufbaren Kapital) sowie auf der Grösse ihrer Wirtschaft. Dieses System führt dazu, dass die Entscheidungsmacht

Im Weltbank-System liegt die Entscheidungsmacht bei den wirtschaftlich stärksten Ländern. Als einziges Land verfügen die USA für viele Entscheidungen über ein effektives Vetorecht.

bei den wirtschaftlich stärksten Ländern liegt, wobei die USA als einziges Land für viele Entscheidungen ein effektives Vetorecht besitzen. Die meisten wichtigen Entscheidungen bedürfen einer 80%-Mehrheit. Eine IBRD-Kapitalerhöhung benötigt eine Zustimmung von 75%, eine IFC-Kapitalerhöhung jedoch eine Zustimmung von 80%, wobei die USA aufgrund ihrer Stimmrechtsanteile bei der IFC (20,99%) hier das Veto einlegen können.

Ähnlich wie beim IWF wurden die Stimmrechte in der Weltbankgruppe ursprünglich anteilmässig verteilt, wobei jedes Land 250 Basismitgliedschaftsanteile zugeteilt bekam. Hinzu kamen

Stimmrechtsanteile, welche auf den jeweiligen Kapitalanteilen sowie der Grösse der Wirtschaft der einzelnen Länder basierten. Im Kontext der Nachkriegszeit, als hauptsächlich Europa und die USA Kapital einbezahlten und die USA bei weitem die grösste Wirtschaftsmacht der Welt waren, kam es daher zu einer Dominanz der westlichen Länder bei der Entscheidungsfindung der Weltbank. Allerdings haben sich seit der Gründung die Gewichte in der Weltwirtschaft sowie auch die Realität innerhalb der Weltbank grundlegend verändert. Obwohl es über die Jahre zu Verschiebungen bei den Stimmrechten der Mitgliedsstaaten kam, waren diese nur minimal und die westlichen Länder – allen voran die USA – dominieren nach wie vor die Entscheidungsfindung bei der Weltbank. Die Entwicklungs- und Schwellenländer verlangen daher schon seit Jahren

Entwicklungsländer verlangen seit Jahren mehr Mitspracherecht in der Weltbank, zumal ein Grossteil des Eigenkapitals der Weltbank aus ihren Kreditrückzahlungen generiert wird.

mehr Mitspracherecht, nicht zuletzt da heutzutage ein Grossteil des Eigenkapitals der Weltbank aus den Rückzahlungen der Kredite an Entwicklungsländer generiert wird. Zudem besitzt die Bank seit Jahren ein AAA-Rating auf den internationalen Kreditmärkten; es ist somit sehr unwahrscheinlich, dass das sogenannte abrufbare Kapital (*callable capital*), das die höheren Stimmrechte der westlichen Länder mitbedingt, jemals abgerufen wird.

Aufgrund der anhaltenden Kritik hat die Weltbank im Jahr 2008 eine Stimmrechtsreform eingeleitet, welche die Stimmrechtsanteile von Entwicklungs- und Schwellenländern erhöhen soll. Vor allem die selektiven Kapitalerhöhungen sollen dazu führen, dass momentan unterrepräsentierte Länder ihren Stimmrechtsanteil erhöhen können, indem sie mehr Aktienanteile kaufen. Während eine generelle Kapitalerhöhung allen Mitgliedern zusätzliche Kapitalanteile zuspricht, die mit ihren momentanen Anteilen übereinstimmen und somit die Stimmrechte nicht verändert, teilt eine selektive Kapitalerhöhung Anteile selektiv auf – mit dem Ziel, Kapital- und Stimmrechtsverhältnisse zu verändern. Bis jetzt haben sich die Stimmrechte allerdings nur mässig verändert. 2010 betrug die Stimmrechte der Entwicklungs- und Schwellenländer in der IFC 33,4% und in der IBRD 44,1%. 2018 lagen sie bei der IBRD bei 46,9% (für die IFC lagen keine offiziellen Daten vor), wobei vor allem China für die Erhöhung des Stimmrechtsanteils verantwortlich ist.

3.4 Kapitalerhöhungen bei der IBRD und der IFC

Während Fondsauffüllungen der IDA in der Regel alle drei bis vier Jahre durchgeführt werden, erfolgen Kapitalerhöhungen sehr unregelmässig, meist dann, wenn die Bank sich neuen Herausforderungen stellen muss. Die letzte Kapitalerhöhung bei der IBRD und der IFC fand im Jahr 2010 statt und war begründet durch die gesteigerten Anforderungen im Zusammenhang mit der globalen Finanzkrise.

An der Frühjahrstagung 2018 befürworteten die Mitgliedstaaten eine erneute Kapitalerhöhung für die IBRD und die IFC (insgesamt 7.5 Milliarden US-Dollar für die IBRD und 5.5 Milliarden US-Dollar

für die IFC sowie zusätzliche 52.6 Milliarden Garantiekapital für die IBRD). Begründet wurden die Kapitalerhöhungen dieses Mal durch die erhöhten Anstrengungen, um die im *Forward Look* beschriebene Strategie umzusetzen. Sie sind somit geknüpft an verschiedene *policy commitments* der beiden Institutionen: z. Bsp. die Erhöhung der klimarelevanten Investitionen, die IBRD will diese von momentan 28% auf mindestens 30% der Gesamtfinanzierung erhöhen, die IFC von 32% auf 35%; verschiedene interne, effizienzsteigernde Massnahmen oder den Ausbau der IFC-Aktivitäten in den ärmsten Ländern sowie in fragilen und konfliktbetroffenen Staaten – bis 2030 sollen 40% der gesamten IFC-Gelder in Privatsektorinvestitionen in diesen Ländern fließen.

An der Herbsttagung 2018 des IWF und der Weltbank wurden die Resolutionen bezüglich der generellen sowie der selektiven Kapitalerhöhungen der IBRD (RES 663 und 664) von den Gouverneuren der Weltbank angenommen. Nun ist es an den Mitgliedsstaaten, die ihnen zugesprochenen Aktienanteile zu zeichnen (in der Schweiz bedarf dieser Schritt der parlamentarischen Zustimmung – siehe Kapitel 3.2). Die Zeichnungsfrist beträgt fünf Jahre.

Die Kapitalerhöhung bei der IFC steht allerdings noch zur Annahme offen, da die USA selber sich nicht an der Kapitalerhöhung beteiligen möchten, aber dennoch ihr Vetorecht in der IFC behalten wollen. Bei Nichtbeteiligung an der Kapitalerhöhung würde der Stimmrechtsanteil der USA von momentan 20,99% auf 16,39% sinken. Somit würde die USA ihr effektives Vetorecht in der IFC verlieren. Daher hat sie angekündigt, dass sie der IFC-Kapitalerhöhung nur zustimmen wird, wenn die Mitgliedstaaten gleichzeitig eine Änderung der IFC-Statuten gutheissen, welche die nötige Zustimmungsrate für künftige Kapitalerhöhungen von momentan 80% auf 85% erhöht, so dass die USA trotz Nichteinzahlen ihrer Anteile ihr Vetorecht behalten können; auch diese Änderung der Statuten bedarf in der Schweiz der Zustimmung des Parlaments.

Die USA nutzen ihre Sperrminorität als machtpolitisches Instrument, um auch in Zukunft die mächtigste Stimme in der Weltbank zu bleiben.

Die USA nutzen somit ihre aktuelle Sperrminderheit als machtpolitisches Instrument, um auch zukünftig die mächtigste Stimme in der Weltbank zu bleiben. Das Entwicklungskomitee der Weltbank hat während der Frühjahrssession 2019 alle Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, die Resolutionen bezüglich der IFC-Kapitalerhöhung sowie der Änderung der IFC-Statuten bis spätestens am 18. September 2019 zu unterzeichnen. Im September 2019 wurde die Deadline allerdings auf März 2020 verschoben – ein Zeichen dafür, dass die USA die Kapitalerhöhung noch nicht genehmigt haben.

Die Kapitalerhöhungen haben auch Auswirkungen auf die Stimmrechte der einzelnen Länder, wobei China mit einer Erhöhung seines Stimmrechtsanteils von 4,45% auf 5,71% in der IBRD und von 2,3% auf 2,8% in der IFC der Hauptgewinner sein wird. Die meisten Entwicklungsländer erhöhen ihren Stimmrechtsanteil nur minim um 0,01 bis 0,02%, wobei einige westliche Länder kleine Einbussen in Kauf nehmen müssten.⁶

6 Trotz der Erhöhung seiner Stimmrechte liegt der Stimmrechtsanteil Chinas nach wie vor weit unter seinem Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung, die der IWF in seinem 2018 World Economic Outlook auf 18,7% einschätzte. Zum Vergleich: Der Anteil der USA am globalen BIP betrug 15,12% und ihr Stimmrechtsanteil in der IBRD würde nach der Reform immer noch 15,87% betragen (momentan 15,98%).

4. Die Schweiz und die Weltbank

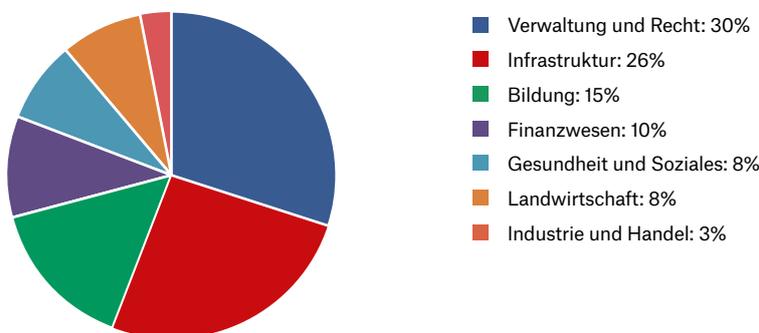
Die Schweiz trat der IBRD, der IDA und der IFC im Jahr 1992 bei. Sie ist auch Mitglied der beiden Weltbank-Unterorganisationen MIGA (1988) und ICSID (1968). Die Beteiligung der Schweiz an den multilateralen Entwicklungsbanken ist seit Jahren eine feste Komponente der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz und macht rund 66% der entsprechenden Ausgaben aus, gefolgt von den UNO-Organisationen mit 24% und verschiedenen globalen thematischen Fonds und Netzwerken mit 10%.⁷ Bei der Finanzierung der Entwicklungsbanken ist zu beachten, dass sich der Beitrag der Schweiz aus verschiedenen Elementen zusammensetzt. Zu unterscheiden sind vor allem regelmässige Beiträge an Entwicklungsfonds, die den ärmsten Entwicklungsländern zugutekommen (bei der WBG ist dies die IDA), und Beteiligungen am Kapital von Institutionen, die sich in fortgeschrittenen Entwicklungsländern engagieren (z. Bsp. die IBRD und die IFC) und nicht Teil der Rahmenkredite der internationalen Zusammenarbeit sind. Zusätzlich finanzieren sowohl das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) wie auch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) zahlreiche bilaterale Projekte, die von den Entwicklungsbanken, inklusive der Weltbankgruppe, durchgeführt werden.

⁷ Gesamthaft fliessen rund 40% der Entwicklungsgelder der Schweiz in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit und 60% in die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit.

Die Weltbankgruppe ist eine prioritäre multilaterale Partnerin der Schweiz.

Die WBG ist gemäss der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2021–2024 eine der 16 prioritären multilateralen Partnerinnen der Schweiz. Die Schweiz war 2017 mit 700 Milliarden Franken die neuntösste Geldgeberin der IDA sowie eine der grössten Geldgeberinnen für IFC-Beratungsdienstleistungen für Unternehmen in Entwicklungsländern. Mit der IBRD unterhält die Schweiz verschiedene strategische Partnerschaften in den Bereichen Wasser, städtische Infrastruktur und öffentliche Finanzen. Die Abbildung unten illustriert das Engagement der Schweiz in der IBRD nach Sektoren gegliedert (in %):

Engagement der Schweiz in der IBRD nach Sektoren



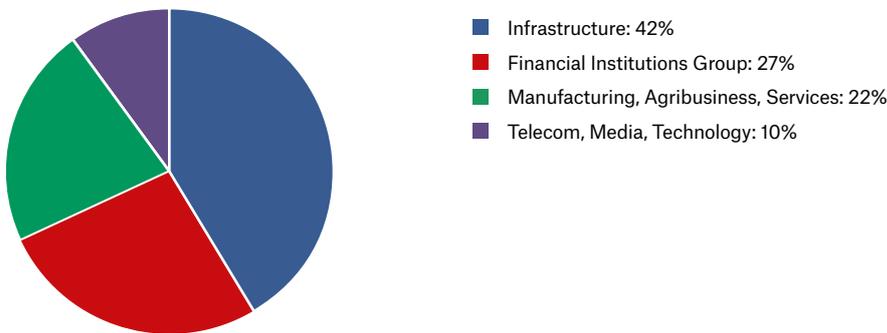
Quelle: seco-cooperation.admin.ch

Laut der kürzlich verabschiedeten Botschaft des Bundesrats zu den Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe und der Afrikanischen Entwicklungsbank ist die «entwicklungspolitische und aussenwirtschaftliche Bedeutung der WBG» für die Schweiz gross, so spiele sie «eine Schlüsselrolle bei der Steuerung der Globalisierungsprozesse,

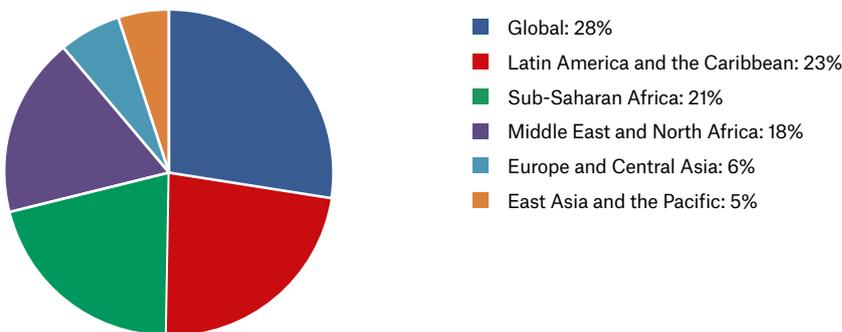
bei der Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, bei der Armutsbekämpfung sowie hinsichtlich des nachhaltigen Umgangs mit natürlichen Ressourcen» (S. 10).

Die Schweiz ist aber nicht nur eine Geldgeberin, sondern profitiert auch stark von den Krediten und öffentlichen Aufträgen der Weltbankgruppe. Zwischen 2008 und 2017 vergaben die IDA und die IBRD Aufträge im Wert von rund 651 Millionen US-Dollar an 341 Schweizer Firmen und Individuen. Für die IFC existieren leider keine öffentlich zugänglichen Zahlen zu den öffentlichen Aufträgen. Allerdings gehören laut IFC die Schweizer Regierung sowie in der Schweiz ansässige Finanzinstitutionen und Konzerne zu ihren wichtigsten globalen Partnern. Die IFC ko-finanziert verschiedene in der Schweiz ansässige multinationale Firmen und Firmen mittlerer Grösse, die an Investitionen in aufstrebenden Märkten interessiert sind. Das langfristig angelegte Portfolio der IFC in Schweizer Firmen betrug 2019 1.3 Milliarden US-Dollar, wobei 42% davon in den Bereich Infrastruktur geflossen sind, gefolgt von 27% in den Finanzsektor, 22% in die Verarbeitung, Agribusiness und Dienstleistungen und 10% in den Telekommunikations- und Medienbereich. Regional konzentrieren sich diese Investitionen auf Subsahara-Afrika (21%), Lateinamerika und die Karibik (23%) sowie den Mittleren Osten und Nordafrika (18%), 28% entfielen auf nicht weiter spezifizierte «globale» Investitionen.

Langfristiges Investitionsportfolio der IFC mit Schweizer Unternehmen nach Industriegebiet



Langfristiges Investitionsportfolio der IFC mit Schweizer Unternehmen nach Region



Quelle: IFC (2019). IFC and Switzerland. Partners in Private Sector Development.

4.1 Die Stimme der Schweiz in der Weltbank

Als Vorsteher des Eidgenössischen Departments für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) vertritt Bundesrat Guy Parmelin die Schweiz im Gouverneursrat der Weltbank. Aussenminister Ignazio Cassis fungiert als stellvertretender Gouverneur. Wie in Kapitel 2 beschrieben, delegiert der Gouverneur die Verantwortung für die Beaufsichtigung des Tagesgeschäfts an den Exekutivdirektor. Die Schweiz ist in den Verwaltungsräten von IBRD, IFC, IDA und MIGA in einer Stimmrechtsgruppe gemeinsam mit Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisien, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan vertreten. Der Schweizer Werner Gruber fungiert aktuell als ED für die Stimmrechtsgruppe, Paulina Gomulak (Polen) ist seine Stellvertreterin. Die Schweizer Stimmrechtsgruppe hat heute einen Stimmenanteil von 3,11%. Die Stimmrechtsverteilung im Gouverneursrat variiert von Organisation zu Organisation innerhalb der Weltbankgruppe. Bei der IBRD verfügt die Schweiz heute über einen Stimmrechtsanteil von 1,47%, bei der IFC sind es 1,65%.

Laut Bundesrat trug die Schweiz massgeblich dazu bei, dass die Einbindung des Privatsektors in der Weltbankgruppe stärker priorisiert wurde.

Aber wie setzt die Schweiz ihre Stimme in der Weltbank ein? Laut Bundesrat unterstützt die Schweiz den neuen MFD-Ansatz der Weltbank und trug massgeblich dazu bei, dass «die Einbindung des Privatsektors sowie die Entwicklung in fragilen Kontexten bei der WBG (...) stärker priorisiert wurden.»⁸ Gleichzeitig hat der Bundesrat mehrmals bekräftigt, dass die Schweiz sich in der Weltbank für hohe Umweltstandards und ehrgeizige Klimaziele einsetzt sowie eine konsequente Umsetzung der Klimapolitik der Weltbank fordert.⁹ Allerdings ist das Abstimmungsverhalten des Schweizer Exekutivdirektors in den Entscheidungsgremien der Weltbank nirgendwo öffentlich dokumentiert, so dass es für Aussenstehende schwierig nachzuvollziehen ist, wie sich die Schweiz konkret für diese Themen einsetzt. Die Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Friedl (19.3344) zeigt, dass zumindest bezüglich Klimafragen wenig Kohärenz herrscht zwischen den Absichtserklärungen des Bundesrats und dem konkreten Abstimmungsverhalten des Schweizer Exekutivdirektors. So haben laut Bundesrat die multilateralen Entwicklungsbanken, an denen die Schweiz beteiligt ist (Weltbankgruppe, AfDB, AsDB, IDB, EBRD und AIIB), sich zwischen 2016 bis 2018 zur Finanzierung von Öl- und Gaskraftwerken im Umfang von 4 Milliarden US-Dollar verpflichtet, verteilt auf 38 Vorhaben. Die Schweiz hat allen Projekten zugestimmt. Bei zwei von der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) 2018 mitfinanzierten Gaskraftwerken in Brasilien und Bangladesch stammte der Generalunternehmer aus der Schweiz.

⁸ Siehe: [Botschaft zu den Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe und der Afrikanischen Entwicklungsbank](#), S. 12.

⁹ Siehe beispielsweise die Antworten des Bundesrats auf die Interpellationen Friedl [18.3695](#) und [19.3344](#).

4.2 Die Schweiz und die Kapitalerhöhungen

Der Schweiz sind bei der generellen IFC-Kapitalerhöhung Anteile im Wert von 95.3 Millionen US-Dollar zugesprochen worden sowie 751.4 Millionen US-Dollar bei der generellen und selektiven Kapitalerhöhung der IBRD, wobei bei der IBRD 649 Millionen US-Dollar

abrufbares Kapital ist (einzahlbar bei der IBRD sind 102.4 Millionen US-Dollar). Für die Schweiz ergeben sich bei den beiden Kapitalerhöhungen insgesamt Zahlungsverpflichtungen von 198 Millionen US-Dollar (zahlbar zwischen 2020 und 2024).

**Voraussichtliche Zahlungen der Schweiz
an die Weltbankgruppe 2021–2024**

in Millionen US-Dollar, gerundet

	Total
IBRD , allgemeine Kapitalerhöhung	81.9
IBRD , selektive Kapitalerhöhung	20.5
IFC , allgemeine Kapitalerhöhung	95.3

Bei einer Beteiligung an den Kapitalerhöhungen würde der Stimmrechtsanteil der Schweiz dennoch leicht sinken (in der IBRD von 1,47% auf 1,42% und in der IFC von 1,72% auf 1,66%). Bei einer Nichtbeteiligung an den bevorstehenden Kapitalerhöhungen würde der Stimmenanteil der Schweiz weiter reduziert (in der IBRD auf rund 1,15%, in der IFC auf etwa 1,4%). Dies hätte mittelfristig möglicherweise Auswirkungen auf ihren Exekutivdirektorensitz und ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten. Die Beteiligung der Schweiz an den Kapitalerhöhungen der IBRD und der IFC folgt einem gestuften Beschlussverfahren: (i) die Mitgliedsländer fassen einen Grundsatzentscheid mit den zentralen Eckwerten der Kapitalerhöhung; (ii) die Gouverneure stimmen über eine entsprechende Resolution ab; (iii) jedes Mitgliedsland hat individuell die Möglichkeit, den ihm unterbreiteten Aktienanteil zu zeichnen.

Der Bundesrat macht den dritten Schritt von der Genehmigung durch das Parlament abhängig. Abgesehen von diesen finanziellen Verpflichtungen muss das Parlament, wie in Kapitel 2.3 erklärt, zusätzlich auch noch einer Charta-Änderung des IFC zustimmen (Herabsetzung der Sperrminderheit im IFC von aktuell 20% auf 15%), um die Zustimmung der USA zu den Kapitalerhöhungen nicht aufs Spiel zu setzen.

Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament, den Kapitalerhöhungen sowie auch der Statutenänderung des IFC zuzustimmen. Begründet wird dies einerseits durch den Beitrag, den die Weltbank zur Umsetzung der Agenda 2030 leistet, andererseits durch die Sichtbarkeit und Mitsprache, welche die Schweiz durch die Mitarbeit in diesen Institutionen erlangt. Bei einer Nichtbeteiligung befürchtet der Bundesrat eine Einbusse des derzeit relativ grossen Einflusses auf die Mitgestaltung der Weltbankpolitik, den die Schweiz unter anderem durch ihren Einsitz im Exekutivdirektorium der Weltbank hat.¹⁰

Alliance Sud anerkennt die globale Relevanz der Weltbankgruppe und teilt die Ansicht, dass ein Mitspracherecht in den verschiedenen Organisationen wichtig ist; allerdings ist sie nicht überzeugt vom Beitrag, den die Weltbank hinsichtlich Armutsreduktion, Reduktion der Ungleichheit und nachhaltiger Entwicklung leistet. Sie fordert, dass die Schweiz in den Entscheidungsgremien der Weltbank mehr Transparenz sowie eine kohärentere Haltung bezüglich Menschenrechten, Klimaschutz und nachhaltiger lokaler Entwicklung einfordert und auch ihr eigenes Stimmverhalten in den verschiedenen Gremien transparenter kommuniziert. Die wichtigsten Kritikpunkte an der aktuellen Politik der Weltbank werden in den nächsten Abschnitten erläutert.

¹⁰ Siehe: [Botschaft zu den Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe und der Afrikanischen Entwicklungsbank](#), 19. Februar 2020.

5. Kritik an der Weltbank

Seit Mitte der 1950er Jahre steht die Weltbank immer wieder in der Kritik – zuerst aufgrund der Finanzierung grosser Infrastrukturprojekte (u. a. Staudämme, Strassen und Häfen) in Ländern des globalen Südens, die oftmals zu Vertreibungen führten und schwerwiegende Folgen für die Umwelt und die Menschenrechte hatten. In den 1980er Jahren setzte sie sich zudem zusammen mit dem IWF aufgrund der hohen Verschuldung von Entwicklungsländern für Strukturanpassungsprogramme ein und knüpfte dementsprechend ihre Darlehen an Konditionen für Reformen, wie zum Beispiel die Liberalisierung des Handels und der Wechselkurse, die Privatisie-

Die von der Weltbank geforderten Reformen hatten in den meisten Ländern desaströse Auswirkungen – die Armut wuchs in vielen Ländern.

rung staatlicher wirtschaftlicher Aktivitäten und Kürzungen der Staatsausgaben. Diese Reformen sollten die Zahlungsfähigkeit der Regierungen wiederherstellen, das Wirtschaftswachstum fördern und die Armut reduzieren, hatten in den meisten Ländern allerdings desaströse Auswirkungen – Entwicklungserfolge der vorherigen Jahrzehnte wurden zunichte gemacht, viele Arbeitsplätze gingen verloren und die Armut wuchs in vielen Ländern. So kam es unter dem Slogan «50 Jahre sind genug» Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre zu grossen zivilgesellschaftlichen Protesten gegen die Politik der Weltbank und des IWF.

Seither hat die Weltbank verschiedene Reformen eingeleitet und die Reduktion der Armut zu ihrem wichtigsten Ziel erklärt. Ausserdem setzt sie sich als Vorreiterin für diverse Anliegen ein – von Geschlechtergerechtigkeit über Nachhaltigkeit bis Klimaschutz. Vor allem im Klimabereich hat sie in den letzten Jahren mehrere Reformen angekündigt und unter anderem versprochen, zwischen 2021 und 2025 200 Milliarden US-Dollar in die Klimafinanzierung zu investieren. Zudem hat sie über die Jahre hinweg eine Reihe von Umwelt- und Sozialstandards entwickelt, die Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen vorbeugen sollen.¹¹

¹¹ Im August 2016 hat die WB ein neues **Environmental and Social Framework** (ESF) verabschiedet – das Resultat eines vierjährigen Konsultationsprozesses mit Mitgliedstaaten, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und ExpertInnengruppen. Seit dem 1. Oktober 2018 wird das ESF für alle neuen Projekte angewendet und ersetzt die bis anhin existierenden **Environmental and Social Safeguards**. Das ESF wird allerdings nur von der IBRD und der IDA und nur für deren Projektfinanzierung angewendet, d.h. es ist nicht anwendbar für entwicklungspolitische Darlehen, die einen Grossteil der WB-Finanzierung ausmachen. Die IFC hat ihre eigenen **Environmental and Social Performance Standards** für die von ihr unterstützten Privatsektorinvestitionen.

Trotz Veränderungen seit den 1980er Jahren bleibt das Grundprinzip der Weltbank dasselbe: die Förderung eines dienlichen Geschäftsmodells für ausländische Privatinvestitionen.

Obwohl sich seit den 1980er Jahren einiges verändert hat, bleibt das Grundprinzip der Weltbank – die Förderung eines dienlichen Geschäftsumfelds für ausländische Privatinvestitionen – dasselbe. Ausserdem knüpft die Weltbank ihre Darlehen nach wie vor oft an kontroverse Konditionalitäten, wie zum Beispiel die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen durch öffentlich-private Partnerschaften (PPPs) sowie verschiedene Handels- und Marktliberalisierungsmassnahmen, welche grundsätzlich den Interessen grosser ausländischer Konzerne entsprechen und oftmals zu Lasten der kleinen und mittleren lokalen Unternehmen sowie der Kleinbauern ausfallen.

Trotz schöner Rhetorik und der kontinuierlichen Überarbeitung ihrer Umwelt- und Sozialstandards stehen nicht nur die Politikberatung und die mit entwicklungspolitischen Darlehen verknüpften

Konditionalitäten der Weltbank, sondern auch von der IBRD und vor allem von der IFC finanzierte Projekte immer wieder in der Kritik, da sie nach wie vor oft zu Vertreibungen, Gewalt, Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen führen. Im Folgenden werden die Hauptkritikpunkte von Alliance Sud und zahlreicher anderer NGOs an der Politik der Weltbank anhand einiger Beispiele genauer erläutert.

5.1 Kritik am MFD-Ansatz: Konditionalitäten und Fokus auf öffentlich-private Partnerschaften (PPPs)

Das Hauptziel der 2017 lancierten MFD-Strategie ist es, private Finanzmittel zur Entwicklungsfinanzierung zu mobilisieren. Obwohl Privatsektorinvestitionen in gewissen Bereichen und unter gewissen Bedingungen durchaus sinnvoll und wichtig sind, ist es fraglich, ob der von der Weltbank propagierte Ansatz tatsächlich der Armutsreduktion dient oder ob er nicht viel mehr dazu entwickelt wurde, global tätigen Firmen den Markteinstieg in Entwicklungsländern zu vereinfachen und die Risiken dieser Firmen zu minimieren. Kritische Stimmen betonen, dass der MFD-Ansatz viel weitergehe, als den Privatsektor in die Entwicklungsfinanzierung miteinzubeziehen:

Der Ansatz der Weltbank zieht die private Finanzierung von Entwicklung immer und in jedem Kontext der öffentlichen Finanzierung vor – ohne vorherige Kosten-Nutzen-Analyse.

Der im MFD enthaltene Kaskadenansatz zieht die private Finanzierung von Entwicklung immer und in jedem Kontext der öffentlichen Finanzierung vor, ohne zuvor eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen oder sicherzustellen, dass die private Finanzierung dem öffentlichen Interesse entspricht und einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und Armutsreduktion leistet.

In Ländern und Sektoren, in denen Privatsektorinvestitionen nach wie vor schwach vertreten sind, propagiert die Weltbank im zweiten Schritt des Kaskadenansatzes Reformen, die das Geschäftsumfeld in besagten Ländern oder Sektoren verbessern sollen (siehe Abbildung auf Seite 10). Dies geschieht vor allem durch Beratungsdienstleistungen sowie durch entwicklungspolitische Darlehen. Eine Studie des NGO-Netzwerks Eurodad (2019) kam zum Schluss, dass entwicklungspolitische Kredite im Durchschnitt an 9.6 Konditionen geknüpft sind, wobei ein Grossteil der Auflagen auf die Schaffung eines marktfreundlichen Umfeldes und vermehrte Privatsektorinvestitionen abzielten, z. B. durch die Privatisierung staatlicher Firmen, die Schaffung verschiedener Privilegien für ausländische Investoren oder die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften (PPPs).¹² Da diese Reformen den Ländern top-down von der Weltbank aufoktroiert werden, unterliegen sie zumeist keinem demokratischen Prozess.

¹² Siehe: [Brunswijk, G. \(2019\). Flawed conditions: The impact of the World Bank's conditionality on developing countries.](#) Eurodad, Brüssel.

Exkurs zu den PPPs: Risikoteilung oder Risikoverlagerung?

PPPs liegen im Trend – dies trotz zahlreicher negativer Beispiele aus westlichen Ländern.¹³ Die Weltbank hatte 2017 rund 90 Milliarden US-Dollar in PPPs investiert (2012 waren es sogar 140 Milliarden – etwa sieben Mal mehr als 2004). PPPs sind gebunden an komplexe, langfristige (und oftmals geheime) Verträge zwischen Staaten und privaten Firmen, meist zum Bau, Erhalt und Betrieb von Infrastruktur. Die Idee ist, dass private Investoren Güter und Dienstleistungen bereitstellen, welche normalerweise von Regierungen bereitgestellt würden (wie z. B. Strassen, Transportinfrastruktur, Schulen, Spitäler etc.). Somit sollen die oftmals stark verschuldeten Regierungen Kosten einsparen. Im Gegenzug beteiligen sich die Regierungen entweder finanziell oder durch verschiedene Konzessionen und Versicherungen (Risikoabsicherungen, Eventualhaftungen) an den Investitionsrisiken. Oftmals finanzieren sich diese PPP-Projekte auch durch Nutzergebühren, welche direkt an den privaten Partner gehen.

Verschiedene Studien aus aller Welt zeigen auf, dass PPPs Staaten oft viel teurer zu stehen kommen als herkömmliche staatliche Kreditaufnahmen. Da PPPs nicht im jährlichen Staatsbudget erscheinen, Regierungen den Investoren aber verschiedene Garantien geben, können zu einem späteren Zeitpunkt hohe Kosten entstehen, die auch als versteckte Staatsschulden angesehen werden können.¹⁴ So befand eine unabhängige Evaluation der *World Bank Independent Evaluation Group* 2014, dass die Haftpflicht des öffentlichen Sektors in PPPs substantiell sei und dass die Weltbank zwar Länder unterstützt habe, ein *enabling environment* für PPPs zu kreieren, es aber gleichzeitig unterlassen habe, die Länder zu beraten, wie sie mit

Laut Internationalem Währungsfonds können durch PPPs und damit verbundene Haftungsaufgaben für die Staaten grosse finanzielle Verpflichtungen entstehen.

den finanziellen und steuerlichen Auswirkungen dieser Projekte umgehen können. Auch der IWF spricht von grossen finanziellen Verpflichtungen, die durch die vielfältigen Haftungsverpflichtungen von PPPs entstehen können (von der Weltbank propagierte PPPs machen Regierungen beispielsweise haftbar für Profitverluste, die durch Klimaveränderungen oder Arbeiterstreiks entstehen). Eine IWF-Studie zu PPPs in 80 Industrie- und Schwellenländern zeigte denn auch, dass die Durchschnittskosten, welche von Regierungen getragen werden, etwa 1,2% des BIP ausmachten (maximal 2%).¹⁵ Zudem können die hohe Risikoübernahme bei PPPs und die damit verbundenen Eventualkosten zu Überschuldung und daraus resultierenden Sparmassnahmen in anderen Bereichen führen. Bei all den negativen Erfahrungswerten von PPPs in westlichen Ländern ist es fragwürdig, wie die Länder des Südens, welche tendenziell weit schwächere staatliche Strukturen aufweisen, es schaffen sollen, PPPs gewinnbringend und effizient einzusetzen.

Ebenfalls wird kritisiert, dass PPPs demokratische Prozesse unterminieren und Korruption fördern. Da Verhandlungen dem Geschäftsgeheimnis unterstehen, können diese nur schwer von zivilgesellschaftlichen Akteuren oder ParlamentarierInnen unter die Lupe genommen werden und sind somit anfällig für Korruption.

13 In den 1990er Jahren waren öffentlich-private Partnerschaften in vielen europäischen Ländern an der Tagesordnung – vor allem in England waren sie weitverbreitet (über 1000 PPP-Projekte im Wert von 160 Milliarden Euros wurden in den letzten 20 Jahren in England realisiert). Allerdings kam es sowohl in England wie auch in ganz Europa zu grossen Protesten gegen diese Finanzierungsform, und auch der Europäische Rechnungshof kam zur Schlussfolgerung, dass sich das PPP-Modell durch ein schlechtes Preis-Leistungsverhältnis auszeichne. Der IWF belegte zudem 2018, dass die beiden Länder, welche am meisten PPPs abgeschlossen haben – England und Portugal – die schlechteste öffentliche Finanzbilanz aufweisen. Siehe: [The Equality Trust \(2019\). Finance Development, not Dividends.](#)

14 Der englische Rechnungshof befand 2015, dass englische PPPs im Durchschnitt doppelt so viel kosteten wie wenn sich die Regierung direkt verschuldet hätte. Siehe: [Jubilee Debt Campaign \(2016\). The global debt iceberg.](#) Auch die deutschen Rechnungshöfe (Bund und Länder) haben sich wiederholt in Stellungnahmen geäussert, dass die Kostenvorteile von PPPs nicht belegt seien. Siehe: Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder (2011): *Gemeinsamer Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten.* (Wiesbaden).

15 Siehe: [IMF \(2018\) Fiscal Policy: How to Control the Fiscal Costs of Public-Private Partnership.](#)

Zudem können PPPs die Regierungskapazität zur Verabschiedung neuer Gesetze (z. B. soziale oder Umweltregulierungen) einschränken, falls diese eine Auswirkung auf existierende PPPs hätten.

Auch ist es in keiner Weise nachgewiesen, dass durch PPPs finanzierte Infrastrukturprojekte tatsächlich der Armutreduktion und der nachhaltigen Entwicklung dienen. Mehrere Beispiele aus verschiedenen Ländern zeigen eher, dass durch PPPs die Ungleichheit zwischen Arm und Reich vergrößert wird, da sie zum einen dazu führen, dass höhere Kosten für Konsumierende anfallen (z. B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Energieversorgung) und zum anderen bewirken können, dass weniger öffentliche Gelder für Sozialschutzsysteme zur Verfügung stehen.

16 Siehe: Eurodad (2018). [History re-PPPeated. How Public-Private Partnerships are failing.](#)

17 [Official complaint to the Compliance Advisor Ombudsman \(CAO\)](#), 16. April 2018.

18 Harper, P. (2015). [Public-private partnerships and the financial costs to governments: Case study of the power sector in Tanzania.](#)

19 [Public-Private Partnership. Global Campaign Manifesto.](#)

Exorbitante Kosten eines PPP

Ein PPP-Spital in Lesotho kostete dreimal mehr als das öffentliche Spital, das es ersetzte, nämlich 67 Millionen US-Dollar pro Jahr – die Hälfte des gesamten öffentlichen Gesundheitsbudgets des Landes. ¹⁶

Ein PPP ausserhalb des Rechts?

Ein von der Weltbank unterstützter PPP-Vertrag mit Bridge International Academies (BIA) kostete Liberia 13 bis 21 Mal mehr als staatliche Schulen. In Kenia reichten betroffene Eltern zudem kürzlich eine Beschwerde beim unabhängigen Beschwerdemechanismus der IFC ein, in der detailliert aufgezeigt wird, wie Bridge Academies kenianisches Recht beugt, unqualifizierte Lehrpersonen anstellt und existierende Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften missachtet. Eltern und Kinder, welche die Schulgebühren nicht zahlen konnten, wurden eingeschüchtert und diskriminiert. ¹⁷

Private Profite – öffentliche Kosten

In Tansania wurden die hohen Kosten eines PPPs zur Elektrizitätsgewinnung direkt auf die Konsumierenden abgewälzt – die Energiekosten stiegen in einem Jahr um 40%. ¹⁸

Konflikt als Erfolgsgeschichte verkauft

Als die private Manila Water Company (MWC) die Wassergebühren um 845% an hob, wurde eine weitere Erhöhung von der öffentlichen Regulierungsbehörde abgelehnt. Die MWC verklagte die Regulierungsbehörde bei der Internationalen Handelskammer, welche die von MWC beabsichtigte Erhöhung der Wassergebühren ablehnte. Daraufhin verlangte die MWC 1.79 Milliarden US-Dollar Kompensation von der philippinischen Regierung für voraussichtlichen Profitverlust. Trotz diesen Streitigkeiten verkauft die Weltbank dieses PPP als Erfolgsgeschichte. ¹⁹

5.2 Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Umweltkatastrophen

Trotz den international anerkannten Sozial- und Umweltstandards der Weltbank kommt es in von ihr finanzierten Projekten immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und negativen Umweltauswirkungen. Dies liegt unter anderem daran, dass die Standards nicht in allen operativen Bereichen gleich anwendbar sind; so kommen sie vor allem bei der direkten Projektfinanzierung zur Anwendung, nicht aber bei entwicklungspolitischen Beratungsdienstleistungen, die je nach Geschäftsjahr zwischen 20%

und 40% der gesamten WB-Finanzierung ausmachen und oftmals sensitive Sektoren betreffen, z. B. Minenbau, Forst- und Landwirtschaft, oder bei Krediten an Finanzintermediäre. Vor allem die IFC hat in den letzten Jahren vermehrt Kredite an Finanzintermediäre (z. B. Banken oder Aktienfonds) vergeben, die dieses Geld wiederum in andere Projekte investieren. Zwischen 2011 und 2015 wurden über die Hälfte aller IFC-Kredite an Finanzintermediäre vergeben. Zudem haben sich Investitionen in Finanzintermediäre, die in Hochrisikosektoren operieren, zwischen 2013 und 2015 verdreifacht – von 450 Millionen auf 1.3 Milliarden US-Dollar. Mehrere Berichte des Compliance Advisor Ombudsman (CAO) – dem unabhängigen Beschwerdemechanismus der IFC – zeigen auf, dass bei Investitionen

Bei Investitionen in Finanzintermediäre findet oft keine adäquate Risikobeurteilung statt.

in Finanzintermediäre oft keine adäquate Risikobeurteilung stattfindet. Ausserdem wird konstatiert, dass die IFC nicht sicherstellt, dass betroffene Gemeinden über die IFC-Finanzierung und die damit verbundenen Beschwerdemöglichkeiten informiert sind. In vielen dieser Fälle wissen betroffene Gemeinschaften nicht, dass das Geld ursprünglich von der Weltbank kommt, und auch zivilgesellschaftliche Organisationen haben Mühe, adäquate Informationen zu erhalten.

Das internationale Konsortium investigativer Journalisten (ICIJ) befand, dass zwischen 2004 und 2015 über 3 Millionen Menschen durch Weltbank-finanzierte Projekte vertrieben wurden oder ihren Lebensunterhalt verloren. Ausserdem finanzierten die verschiedenen Weltbankorganisationen, allen voran die IFC, in mehreren Fällen Regierungen und Firmen, die in schwere Menschenrechtsverletzungen wie Mord, Vergewaltigung und Folter involviert waren, in manchen Fällen auch dann noch, als die Fälle bereits publik geworden waren.²⁰ Ein 2015 verfasster Bericht des UN-Sonderbericht-

²⁰ Siehe: www.icij.org/investigations/world-bank/

Ein Bericht des UN-Sonderberichterstatters zu extremer Armut und Menschenrechten ging so weit, die Weltbank eine «menschenrechtsfreie Zone» zu nennen.

erstatters zu extremer Armut und Menschenrechten ging sogar so weit, die Weltbank eine «menschenrechtsfreie Zone» zu nennen.²¹

Anfang 2020 waren 55 Fälle von Menschenrechtsverletzungen und negativen Umwelteinflüssen durch von der IFC finanzierte Projekte beim CAO hängig. Diese Fälle waren verteilt auf alle Kontinente, wobei am meisten negative Fälle in Subsahara-Afrika registriert wurden (16 Fälle). Eine langjährige Recherche der NGO *Inclusive Development International* belegt zudem bei 150 Finanzintermediärprojekten negative soziale und Umweltauswirkungen sowie Menschenrechtsverletzungen.²²

Auch bezüglich von der IBRD finanzierten Projekten wurden in den letzten zehn Jahren 32 Klagen beim *Inspection Panel* – dem unabhängigen Beschwerdemechanismus der IBRD und der IDA – eingereicht, die meisten davon bezogen sich auf negative Umweltauswirkungen. Die folgenden Fälle zeigen exemplarisch die Vielzahl negativer Folgen der von der IFC und der IBRD finanzierten Projekte auf.

²¹ Siehe: [UN \(2015\). Report of the Special Rapporteur on extreme poverty and human rights.](#)

²² Eine ausführliche Liste aller Projekte findet sich [hier auf der Website von www.airtable.com](#), letzter Aufruf: 31. Juli 2019.

5.2.1 IFC: Menschenrechtsverletzungen, Landraub und Gewalt in Guinea ²³

2007 vergab die IFC, unter anderem zur Finanzierung von Projekten zur Ressourcengewinnung in Afrika, ein 140.73 Millionen US-Dollar-Darlehen an die südafrikanische Nedbank, die ihrerseits einen 105-Millionen-Kredit an die südafrikanische Firma AngloGold Ashanti vergab und die durch ihre Tochterfirma Societé Anglo Gold Ashanti de Guinea (SAG) alleinverantwortlich für den Betrieb der Siguri-Goldmine in Guinea ist.

2015 unterzeichneten die SAG sowie einige «Repräsentanten» der betroffenen Bevölkerung einen Vertrag zur Expansion der Mine. Die meisten von der Umsiedlung Betroffenen weigerten sich allerdings, das von der SAG erstellte Inventar ihrer Ländereien und Vermögenswerte zu unterzeichnen und so das Land offiziell der SAG zu überschreiben. Elf Dorfrepräsentanten wurden verhaftet, und um lokale Proteste zu ersticken, wurden Militär und Sicherheitsleute ins Gebiet gesandt; Häuser und Geschäfte wurden geplündert, Tränengas in Häuser gesprüht, Hütten verbrannt, Menschen geschlagen und mehrere Personen angeschossen.

Es wird geschätzt, dass etwa 500 Menschen aus Kinintian flohen und sich in umliegenden Wäldern vor den Soldaten versteckten. Verschiedene Betroffene beschreiben ein Klima der Gewalt und Einschüchterung, wobei Soldaten gemeinsam mit Mitarbeitern der SAG von Haus zu Haus gingen und alle von der Umsiedlung betroffenen Haushalte zwangen, das Inventar ihrer Ländereien und Vermögenswerte zu unterschreiben. Kurz nachdem im April 2016 alle Haushalte das Dokument unterschrieben hatten, kamen auch schon die Bulldozer, um die Häuser und Hütten der Menschen zu zerstören – obwohl die neuen Häuser am Umsiedlungsort noch nicht bereitstanden.

Im März 2017, als die Beschwerde beim CAO eingereicht wurde, wohnten die meisten Menschen immer noch in temporären Häusern, da die Neusiedlung noch nicht fertig gebaut war. Die Menschen, die schon in ihre neuen Häuser eingezogen waren, beschwerten sich über fehlende Infrastruktur, unter anderem über fehlenden Zugang zu Wasser und Elektrizität, fehlende Kanalisation und schlechte Strassen. Ausserdem gab es in der Neusiedlung praktisch keine Möglichkeiten, einen Lebensunterhalt zu verdienen. Die vielen kleinen Goldschürfer, die seit Jahrhunderten Gold aus dem Boden geholt hatten, hatten nun keinen Zugang mehr zu den Minen; das neue Land war nicht fruchtbar und die erhöhte Cyanidbelastung in den Gewässern nahe der Goldmine hat laut den BewohnerInnen viele Fische, Vögel und Kühe getötet.

²³ [Inclusive Development International \(2017\). Unjust enrichment. How the IFC profits from land grabbing in Africa.](#)

5.2.2 IBRD: Einschüchterung und Gewalt in Indien ²⁴

2017 hat das *Inspection Panel* der IDA und der IBRD eine Beschwerde von Landbesitzern aus Andhra Pradesh erhalten bezüglich dem vorgeschlagenen 300-Millionen-Darlehen der IBRD zum Bau von Amaravati, der neuen Hauptstadt von Andhra Pradesh. Die Landbesitzer klagten, dass mehrere Bauern eingeschüchtert und wirtschaftlich genötigt wurden, beim sogenannten *Land Pooling Scheme* (LPS), das für den Bau benötigt wird, mitzumachen. Sie machen geltend, dass 50 000 Morgen (*acres*) Farmland für das Projekt gewaltsam erworben wurden. Ein Auszug aus der Beschwerde, die mit Videomaterial und Zeitungsartikeln untermauert ist, liest sich wie folgt:

«Bauern, die sich gegen das LPS äusserten, wurden eingeschüchtert und schikaniert. 2014 wurden Bananenplantagen in sechs Dörfern, deren Bewohner sich gegen das LPS

²⁴ Siehe: [Inspection Panel Website](#), zuletzt aufgerufen am 23. Juli 2019.

wandten, angezündet. In der Zwischenzeit gab es weitere Brandfälle bei Bauern, die sich dem LPS widersetzen. (...) Ausserdem gibt es seit der Umsetzung des LPS eine starke Polizeipräsenz im Gebiet (...). Über 3000 Bauern wurden verhört und angegriffen, um sie so zum Unterschreiben zu zwingen. Sechs Polizeibataillons sind mit AK-47 und Maschinengewehren von Dorf zu Dorf gezogen.»

Die Beschwerdeführer befürchteten zudem, durch den Bau der neuen Metropole würde die Ernährungssicherheit in der Region gefährdet, da es sich um eine wichtige Landwirtschaftszone mit Bewässerungssystem handelt, wo über 120 verschiedene Nutzpflanzen angebaut werden. Die Bauern befürchteten, ihre Lebensgrundlage zu verlieren.

Nach zahlreichen Protestaktionen zog sich die Weltbank im Juli 2019 aus dem umstrittenen Projekt zurück. Ihre offizielle Erklärung lautete, die Regierung von Andhra Pradesh habe ihren Finanzierungsantrag zurückgezogen. Verschiedene betroffene Gruppen feiern dies jedoch als Erfolg ihres zivilgesellschaftlichen Protests und warnen die Weltbank und die Regierung davor, ihre eigene Agenda ohne Zustimmung der Bevölkerung weiterzuerfolgen. Die Weltbank unterstützt die Lokalregierung von Andhra Pradesh nach wie vor mit Geldern im Wert von über 1 Milliarde US-Dollar, trotz den Menschenrechtsverletzungen, in welche die Regierung involviert war.²⁵

25 Siehe: [Working Group on IFIs \(2019\). World Bank pulls out of Amaravati Capital City project. A major victory to the people, activists say. Press Release.](#)

5.3 Leere Klimaversprechen?

Eine Recherche der deutschen Umweltorganisation Urgewald zeigte kürzlich auf, dass die Weltbank trotz verschiedener Klimaversprechen nach wie vor zahlreiche Projekte unterstützt, die mit der Förderung von Kohle, Erdgas oder Erdöl verknüpft sind. Das Rechercheteam analysierte 675 Projekte der Weltbank in den Bereichen der direkten Projektfinanzierung, der politischen Beratungsdienstleistungen sowie der Budgetunterstützung von Regierungen. Nicht miteinbezogen wurden Kredite an Finanzintermediäre, da zu diesen zu wenig öffentliche Daten verfügbar waren. Die Recherche ergab, dass die Weltbank

Die Recherche ergab, dass die Weltbank drei Mal mehr Geld in fossile Energien investiert als in erneuerbare Energien – nämlich 21 Milliarden versus 7 Milliarden US-Dollar.

drei Mal mehr Geld in fossile Energien investiert als in erneuerbare Energien – nämlich 21 Milliarden versus 7 Milliarden US-Dollar. In die 7 Milliarden nicht einbezogen ist der Bau von grossen Wasserkraftwerken (welche die WB als erneuerbare Energien ansieht), da diese oft negative soziale und Umweltauswirkungen haben und auch mit erhöhten Treibhausgasemissionen (z. B. Methan) einhergehen. Wenn Wasserkraftwerke miteinberechnet werden, erhöht sich das Portfolio der Weltbank an erneuerbaren Energien auf 15 Milliarden.²⁶

Bei den Investitionen in fossile Energien hat die Weltbank unter anderem 150 Millionen US-Dollar in eine der weltgrössten Ö Raffine-

26 Siehe: [Urgewald \(2019\). World Bank Group Financial Flows undermine the Paris Climate Agreement.](#)

rien in Nigeria investiert, die Erschliessung eines neuen Ölfelds in Kenia gefördert sowie die Regierung von Guyana mit politischen Ratschlägen dabei unterstützt, die Ausbeutung neu entdeckter Erdölfelder zu ermöglichen. Die Studie zeigt auch, dass die Weltbank nach wie vor Kapitalbeteiligungen im Wert von 512 Millionen US-Dollar in 12 *Upstream*-Öl- und Gasoperationen besitzt sowie 34 Millionen in Projekten mit angegliederten Kohlekraftwerken. Dies im Vergleich zu 350 Millionen US-Dollar im Bereich der erneuerbaren Energien.

Beschwerde des *Philippine Movement for Climate Justice* gegen IFC- Investitionen in Kohlekraftwerke

Das Philippine Movement for Climate Justice hat im Oktober 2017 eine Beschwerde beim CAO eingereicht, da die IFC durch ihre Investitionen in die Rizal Commercial Banking Corporation (RCBC) indirekt 19 Kohlekraftwerke in den Philippinen finanziert. Die Kläger zeigen auf, dass die IFC bei diesen Investitionen ihre eigenen Umwelt- und Sozialstandards sowie ihre Versprechen, nicht mehr in Kohle zu investieren, missachtet hat. Nicht nur wird durch diese neue Generation von Kohlekraftwerken der Klimawandel in einem Land, das per se schon überdurchschnittlich stark vom Klimawandel betroffen ist, weiter angeheizt, sondern es berichten auch alle betroffenen Gemeinden von verschiedenen negativen sozialen und Umweltauswirkungen.

So wurde keine der von den 19 Kohlekraftwerken betroffenen Gemeinden vor dem Bau dieser Werke konsultiert, mehrere Menschen wurden zwangsumgesiedelt und die Werke führten in mehreren Fällen zu verschmutzten Gewässern, Gesundheitsproblemen und einem Verlust der Lebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerungen. Zudem sehen sich die AktivistInnen, die sich gegen die Kohlekraftwerke wehren, zunehmend von Repression und Gewalt bedroht. So wurde Gloria Capitan, Mitglied des Coal-Free Bataan Movement, das sich aktiv gegen drei der von der IFC finanzierten Kohleminen wehrte, im Juli 2016 von zwei Männern auf einem Motorrad auf offener Strasse erschossen. Seit ihrem Tod haben weitere Mitglieder der Organisation Todesdrohungen erhalten.

Eine Langzeitstudie der NGO Inclusive Development International zeigt zudem, dass die IFC seit 2016 mindestens 81 neue Kohlekraftwerke durch Darlehen und Kredite an Finanzintermediäre mitfinanziert hat. Es wird deutlich, dass verschiedene der von der IFC unterstützten Banken und Fonds sechs Kohlefirmen in Indonesien finanziert haben, unter anderem eine der weltweit grössten offenen Kohleminen der Welt, die grosse Flächen des Regenwalds in Borneo zerstört hat und den Lebensstil der indigenen Dayak Basap zunehmend bedroht. Zusammen haben diese Firmen im Jahr 2017 227 Millionen Tonnen Kohle geschürft. Wenn all diese Kohle in Kohlekraftwerken verheizt würde, resultierte daraus ein Kohlendioxidausstoss von 458 Millionen Tonnen.²⁷

Auch bei den Investitionen in erneuerbare Energie, die in den letzten Jahren substantiell erhöht wurden, scheint es bei der Weltbank keine kohärente Strategie zu geben. Einerseits hat sie in den letzten Jahren ihre Investitionen in kleinere Off- und Minigrid-Netzwerke ausgebaut, andererseits investiert sie immer noch massiv in Staudämme und Wasserkraftwerke, die in vielen Fällen mit Umweltschäden und Vertreibungen einhergehen.²⁸

²⁷ [Inclusive Development International \(2016\).](#)

[«Disaster for us and the planet»: How the IFC is quietly funding a coal boom.](#)

²⁸ Siehe beispielsweise: [Jiten Yumnan: Local communities oppose planned dam construction by World Bank in Manipur](#) oder [Inspection Panel: Uganda: Private Power Generation \(Bujagali\), Water Management and Development, and Energy for Rural Transformation III Projects.](#)

6. Empfehlungen

Durch ihre Teilnahme an den Kapitalerhöhungen bei der IBRD und der IFC sichert sich die Schweiz ihr Mitspracherecht in diesen Institutionen sowie den Zugang zu beträchtlichen Investitionen in die eigene Wirtschaft; so profitieren Schweizer Firmen von direkten Aufträgen sowie Kapitalbeteiligungen und Krediten. Will die Schweiz weiterhin in der Weltbank mitreden, soll sie sich klar für eine Stärkung der Menschenrechte, die Förderung des lokalen Privatsektors und einen umfassenden Klimaschutz einsetzen. Der Schweizer Exekutivdirektor soll dem Parlament jährlich berichten, wie die folgenden Forderungen umgesetzt wurden und wie die Schweiz zu relevanten Projekten abgestimmt hat.

- 1. Die Schweiz soll sich in der Weltbankgruppe für eine klare Kosten-Nutzen-Analyse von PPPs einsetzen.** Sie soll sich dafür stark machen, dass Privatsektorlösungen (wie PPPs) nur angewendet werden, wenn eine zuvor durchgeführte Kosten-Nutzen-Analyse belegt, dass das vorgeschlagene PPP im Vergleich zur öffentlichen Finanzierung tatsächlich Kosten einspart, und wenn gleichzeitig belegt werden kann, dass das PPP einen sozialen und/oder ökologischen Mehrwert hat sowie effektiv zum Mandat der Weltbank – der Armutsreduktion – beiträgt. Ist dies nicht der Fall, ist die öffentliche Projektfinanzierung zu bevorzugen. Ausserdem soll die Weltbank für jedes unterstützte PPP-Projekt eine umfassende finanzielle Risiko- und Menschenrechtsfolgenabschätzung veröffentlichen. Die Schweiz soll von der Weltbank verlangen, dass Staaten und projektbetroffene Bevölkerungen besser über die verschiedenen Risiken von PPPs aufgeklärt werden und ihre Verhandlungsmacht gegenüber Investoren gestärkt wird.
- 2. Die Schweiz soll sich für eine Abkehr von politischen Konditionalitäten, die ausländische Investoren bevorzugen, und für die Stärkung lokaler KMUs einsetzen.** Aktuell bevorzugen sowohl die von der Weltbank propagierten Reformen wie auch die direkte Projektfinanzierung ausländische Grossinvestitionen. Gleichzeitig müssen kleinere lokale Unternehmen in vielen Ländern hohe bürokratische Hürden überwinden und leiden unter dem Konkurrenzdruck der grossen kapitalstarken Konzerne. Die Schweiz soll sich deshalb in der Weltbank dafür einsetzen, dass diese ihre einseitige politische Agenda revidiert, den Fokus auf die Abschaffung von Hürden für lokale KMUs setzt und kleinere lokale Firmen bei der Kreditvergabe stärker berücksichtigt; dies unter der Voraussetzung, dass diese nachweislich zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur Armutsreduktion beitragen.
- 3. Die Schweiz ist aufgefordert, sich für eine explizite Menschenrechtspolitik der Weltbank einzusetzen.** Immer wieder missachtet die Weltbank ihre eigenen Umwelt- und Sozialstandards und scheut sich davor, diese Standards in existierenden Menschenrechtsverträgen konsequent zu verankern. Die Schweiz soll sich dafür stark machen, dass die Weltbank alle ihre Projekte rigorosen Folgenabschätzungen für die Menschenrechte sowie für soziale und ökologische Auswirkungen unterzieht (inklusive Kredite an Finanzintermediäre und Beratungsdienstleistungen). Die Meinungsfreiheit und potentielle Risiken für Umwelt- und Menschen-

rechtsaktivistinnen müssen für jedes Projekt eingeschätzt werden und die Weltbank muss eine strikte Nulltoleranzpolitik gegenüber Unterdrückungs- und Vergeltungsmassnahmen erarbeiten und umsetzen. Die Schweiz soll in der Weltbank nur noch Projekte unterstützen, die kein Risiko auf Menschenrechtsverletzungen bergen sowie einen klaren Beitrag zu Armutsreduktion und ökologischer Nachhaltigkeit leisten.

- 4. Die Schweiz soll von der Weltbank eine glaubwürdige und konsequente Klimapolitik verlangen.** Die Weltbank hat versprochen, ab 2020 keine neuen *Upstream*-Öl- und Gasprojekte mehr zu unterstützen. Die Schweiz soll zusätzlich verlangen, dass die Bank auch keine mit Öl- und Gasexplorationen in Zusammenhang stehende Infrastruktur (wie etwa Pipelines oder exportorientierte Infrastruktur) mehr finanziert und ihre Kapitalbeteiligungen in *Upstream*-Öl- und Gasprojekten sowie in Projekten mit angegliederten Kohlekraftwerken über einen Zeitraum von maximal fünf Jahren liquidiert. Ausserdem soll die Weltbank auch entwicklungspolitische Darlehen und Beratungsdienstleistungen in ihre Klimastrategie miteinbeziehen, also keine Beratungsdienstleistungen zur Förderung von Öl-, Gas- oder Kohlevorkommen mehr anbieten. Im Rahmen der IFC *Green Equity Strategy*, die momentan in Bearbeitung ist, soll sich die Schweiz dafür einsetzen, dass die IFC nur noch in Finanzintermediäre investiert, deren Kohleportfolio bei maximal 15% liegt und die sich zusätzlich bereit erklären, bis 2025 ganz aus fossilen Energien auszustiegen.

Generell fokussiert die Finanzierung der Weltbank stark auf Mega-Infrastrukturprojekte, die auf einem ressourcenintensiven und exportorientierten Entwicklungsmodell aufbauen. Im Sinne der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sollte sich die Schweiz dafür einsetzen, dass die Weltbank stattdessen kleinere Projekte zur nachhaltigen und kostengünstigen lokalen Energiegewinnung favorisiert.

Impressum

Herausgeberin:

Alliance Sud

Arbeitsgemeinschaft Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle | Helvetas | Caritas | Heks

Monbijoustrasse 31, Postfach, CH-3001 Bern

T +41 31 390 93 30

F +41 31 390 93 31

mail@alliancesud.ch

www.alliancesud.ch

Social Media:

www.facebook.com/alliancesud

www.twitter.com/AllianceSud

Text:

Kristina Lanz

Redaktion:

Daniel Hitzig, Kathrin Spichiger

Grafik:

Bodara GmbH, Zürich